

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Bericht der Generalkommission für das Jahr 1911	273	Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rück-	
Jahresbericht des Centralarbeitssekretariats für das Jahr 1911	280	blicke. III. — Aus den deutschen Gewerkschaften . . .	285
Jahresbericht der Unterfütungsvereinigung für das Jahr 1911	282	Wittellungen. Unterfütungsvereinigung (Delegierten-	
Au die deutsche Arbeiterschaft!	284	liste). — Für die Verbandsexpeditionen. — Betreffend	
		Arbeiterrechtsbeiträge	288
		Hierzu: Arbeiterrechts-Beilage Nr. 5.	

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1911.

Allgemeines.

Das sozialpolitische Ergebnis der Reichsgesetzgebung in der ersten Hälfte des verfloffenen Jahres ist bereits in dem an den Dresdener Gewerkschaftskongress erstatteten Bericht gewürdigt worden. Was dort vorausgesagt, ist eingetroffen. Das Arbeitskammergesetz ist während der Herbsttagung des Reichstages nicht zur Erledigung gekommen. Die Regierung hat den nun schon zum zweiten Male vom Reichstage in zwei Lesungen fertiggestellten Gesetzentwurf scheitern lassen, weil gegen ihren und der Scharfmacher Willen die Wählbarkeit der Gewerkschaftsangeestellten und die Einbeziehung der Eisenbahnwerkstätten zu den Arbeitskammern vom Reichstage beschlossen worden war. Das Verhalten der Regierung gegenüber dem Arbeitskammergesetzentwurf ist ein neuer Beweis dafür, wie eifrig sie bestrebt ist, die kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 zur Durchführung zu bringen.

Das Hausarbeitsgesetz hat im Herbst die dritte Lesung passiert und ist am 1. April d. J. in Kraft getreten. Die bürgerliche Mehrheit war für die von den Sozialdemokraten, gestützt auf das einmütige Votum des Deutschen Heimarbeitertages, geforderten Lohnämter zur Festsetzung von Mindestlöhnen nicht zu haben. Die Hilfe aus größter wirtschaftlicher Not erwartenden Heimarbeiter wurden mit dem Einsengericht der Sachausschüsse abgefunden. Das Gesetz sieht die Errichtung von Sachausschüssen vor, die weder obligatorisch noch paritätisch sind. Sie dürfen Anträge stellen, Gutachten abgeben, Erhebungen veranstalten, Wohlfahrtseinrichtungen schaffen, aber nicht Mindestlöhne festsetzen. Daß diese Sachausschüsse eine nennenswerte Bedeutung erlangen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Heimarbeiter bessern werden, ist nicht anzunehmen, um so weniger, als das Gesetz im übrigen lediglich Vorschriften enthält, deren Durchführung den Heimarbeitern Kosten verursacht, ohne daß ihre Einnahmen erhöht werden. Dies Gesetz wird wesentlich dazu beitragen, die

Heimarbeiter von der Notwendigkeit der organisierten Selbsthilfe zu überzeugen. Nur wenn die Heimarbeiter sich aufraffen und ihrer gewerkschaftlichen Organisation sich anschließen, wird eine Besserung der jammervollen Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden können. Die Festsetzung von Mindestlöhnen, die durch die Gesetzgebung nicht zu erreichen war, müssen die Heimarbeiter mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation sich erkämpfen.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte ist gleichfalls in der kurzen Herbstsession vom Reichstage verabschiedet worden. Durch das Gesetz werden alle Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis zu 5000 M. dem Versicherungszwange unterstellt. Nach Leistung von mindestens 120 Monatsbeiträgen besteht Anspruch auf Ruhegeld vom 65. Lebensjahre ab oder bei früherem Eintritt der Berufsunfähigkeit. Diese liegt vor, wenn die Erwerbsunfähigkeit auf die Hälfte herabgesunken ist. Gewährt wird ferner Witwenrente an alle, auch die erwerbsfähigen Witwen, und Waisenunterstützung bis zum 18. Lebensjahre. Die von Unternehmern und Angestellten je zur Hälfte zu leistenden Beiträge sind sehr hoch. Sie betragen 7 Proz. des Gehalts, während die Renten unzureichend sind. Der größte Mangel des Gesetzes besteht aber in der Ausschaltung der Selbstverwaltung. Die Verwaltung der zu bildenden Reichsversicherungsanstalt ist der Bürokratie ausgeliefert. Die Versicherten und die Unternehmer sind zwar zur Mitarbeit zugelassen, zu bestimmen hat jedoch nur die Bürokratie. Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt besteht aus dem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl beamteter Mitglieder, die vom Kaiser ernannt werden, sowie je zwei Vertretern der Unternehmer und der Angestellten. Um das Alleinbestimmungsrecht der Beamten zu sichern, schreibt § 100 des Versicherungsgesetzes vor: Bei der Beschlussfassung scheiden so viel nichtbeamtete Mitglieder aus, daß die beamteten in der Mehrzahl sind.

Für die von den Gewerkschaften schon auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress erhobene Forde-

Die Konstituierung der von dem Dresdener Gewerkschaftskongreß neu gewählten Generalkommission erfolgte in der Sitzung des Gewerkschaftsausschusses vom 20. Juli 1911. Als erster Vorsitzender wurde Legien, als zweiter Vorsitzender Bauer und als Kassierer Kube wiedergewählt. Schriftführer wurden die Genossen Sassenbach und Knoll. Zu Revisoren der Generalkommission wählte der Gewerkschaftsausschuß die Genossen Cohen und Sabath, zu Revisoren des Ausschusses die Genossen Eifler, Sandke und die Genossin Thiede.

Der Dresdener Gewerkschaftskongreß hat die Generalkommission beauftragt, gemeinsam mit dem Centralverband deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungsvereinigung ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es sein soll, den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften, die freiwillig Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen Unterstützung in Fällen des Todes, des Alters, der Kinderversorgung usw. zu gewähren. Verhandlungen, die einige Zeit nach dem Kongreß mit dem Kaiserl. Aufsichtsamt für Privatversicherung stattgefunden haben, ließen erkennen, daß die Errichtung einer Unterstützungsvereinigung ohne Rechtsanspruch gesetzlichen Schwierigkeiten begegnen würden. Nach eingehender Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse haben Gewerkschaften und Genossenschaften sich dann entschlossen, zur Durchführung der Unterstützungseinrichtungen eine besondere Aktiengesellschaft zu gründen. Das erforderliche Aktienkapital wird zur Hälfte von den der Generalkommission angeschlossenen Centralverbänden, zur anderen Hälfte von den dem Centralverband deutscher Konsumvereine angehörigen Genossenschaften aufgebracht werden. Ueber die von der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Aktiengesellschaft durchzuführenden Versicherungseinrichtungen sind endgültige Entscheidungen noch nicht getroffen. Diese Fragen unterliegen gegenwärtig der Begutachtung durch sachverständige Versicherungsmathematiker. Voraussichtlich wird es gelingen, noch im Laufe dieses Jahres das Versicherungsunternehmen in Wirksamkeit treten zu lassen.

Mit dem Vorstand des Centralverbandes deutscher Konsumvereine haben weiterhin gemeinsame Beratungen wegen der zur Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit zu treffenden Maßnahmen stattgefunden. Es wurde der Inhalt eines Aufrufes vereinbart, der sich an die Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften wendet. Dieser Aufruf soll in der Partei- und Genossenschaftspresse veröffentlicht und als Merkblatt in einer Auflage von 1 Million Exemplaren verbreitet werden. Auch wegen Durchführung von Boykotts über die Lieferanten der Konsumvereine fanden mehrfach Verhandlungen mit dem Vorstand des Centralverbandes deutscher Konsumvereine statt, die in jedem Falle zu einer Verständigung führten.

Für das Winterhalbjahr 1911/12 ist von der Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen abgesehen worden. Dafür werden im Frühjahr und Sommer d. J. zwei Unterrichtskurse für Arbeitersekretäre stattfinden.

Agitation.

Nach dem von den Gewerkschaftskongressen beschlossenen Regulativ betreffend die Zusammen-

setzung der allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresse, die Zusammensetzung der Generalkommission, ihre Aufgaben und den Gewerkschaftsausschuß hat die Generalkommission u. a. die Aufgabe: „Die gewerkschaftliche Agitation namentlich in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern.“ Die zur Durchführung dieser Aufgabe seit Jahren getroffenen Einrichtungen, über die in dem dem Dresdener Gewerkschaftskongreß eritatteten Bericht eingehende Angaben gemacht sind (Seite 98 ff. des Dresdener Protokolls), haben im Vorjahre eine Aenderung nicht erfahren.

Die Anträge auf Gewährung von Zuschüssen oder Uebernahme der gesamten Kosten zur Gründung von Arbeitersekretariaten und Anstellung von Gewerkschaftssekretären haben im Berichtsjahre eine weitere Zunahme erfahren. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Generalkommission solchen Anträgen nur in sehr beschränktem Umfange Folge leisten kann, einmal, weil die für die Gewährung solcher Unterstützungen erforderlichen Voraussetzungen fehlen, dann aber auch, weil die der Generalkommission zur Verfügung stehenden Mittel auch nicht entfernt ausreichen würden, alle nach der Richtung hin gestellten Anforderungen zu erfüllen.

Finanzschwache Gewerkschaftskartelle haben vielfach auf ihren Antrag Unterstützungen zur Durchführung sozialer Wahlen erhalten, ebenso die zur Rechtsauskunftserteilung erforderlichen Bücher. Zur Beschaffung von Versammlungsmöglichkeit sind auch im Berichtsjahre nicht unerhebliche Mittel aufgewandt worden. Es handelt sich in allen Fällen immer nur um Mietung geeigneter Räumlichkeiten. Für den Erwerb eigener Grundstücke gibt die Generalkommission Mittel nicht her.

Die Agitation in den Bezirken Italiens, aus denen die stärkste Einwanderung nach Deutschland erfolgt, hat in der seit Jahren üblichen Weise während der Wintermonate durch geeignete Agitatoren stattgefunden. Das in München eingerichtete italienische Sekretariat, das als Auskunfts- und Agitationsstelle für die aus der Provinz Udine kommenden Ziegelei- und Bauarbeiter dient, ist zur Zufriedenheit aller Beteiligten auch im Berichtsjahre in Tätigkeit gewesen.

Zur besseren Agitation unter den in der Schweiz beschäftigten zirka 100 000 italienischen Arbeitern wird der Schweizerische Gewerkschafts- und ein besonderes Gewerkschaftsblatt in italienischer Sprache herausgegeben. Da es im allgemeinen gewerkschaftlichen Interesse der Arbeiter Deutschlands liegt, auf die italienischen Arbeiter in der Schweiz, dem Eintrittspunkte der italienischen Einwanderung, einzuwirken, hat die Generalkommission einen Teil der durch die Herausgabe des Blattes entstandenen Kosten übernommen.

Statistik.

Die alljährlich regelmäßig bearbeiteten und im „Correspondenzblatt“ veröffentlichten Statistiken haben im Berichtsjahre eine Aenderung nicht erfahren. Wegen einer Aenderung der für die Tarifstatistik zur Verwendung kommenden Fragebogen haben mit dem Kaiserlichen Statistischen Amt mehrfach Beratungen stattgefunden, die zu einer Aenderung der bisher üblichen Fragestellung führten. Die neuen Formulare kommen noch im Laufe dieses Jahres zur Verwendung.

zung, die Pensionsversicherung durch den Ausbau der Invalidenversicherung zur Durchführung zu bringen, die auch von einer starken Minderheit der Privatangestellten vertreten wurde, fand sich im Reichstage keine Mehrheit. Nur die Sozialdemokraten traten geschlossen und energisch dafür ein.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte ist mehr noch als alle anderen Sozialgesetze ein Produkt der Angst vor der Sozialdemokratie. Regierung und bürgerliche Parteien waren bestrebt, die Wünsche der Privatangestellten zu erfüllen, weil man dadurch den Abmarsch dieser Wählerschichten in das Lager der Sozialdemokratie verhindern zu können glaubt. Ob diese Spekulation nicht eine verfehlte ist, soll hier nicht weiter untersucht werden.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen hat jedenfalls eine kolossale Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate gebracht. Das arbeitende Volk hat die Quittung ausgestellt für den fortgesetzten Verrat an seinen Interessen, den der Reichstag während der letzten fünf Jahre in so überreichem Maße verübt hat. Die Reichsfinanzreform und die Reichsversicherungsordnung mit ihrer brutalen Entrechtung der Versicherten haben eine ungeheure Erbitterung unter der denkenden Arbeiterschaft hervorgerufen. Selten wohl ist ein Wahlkampf mit solcher Heftigkeit geführt worden. Wenn die Gewerkschaften auch direkt am Wahlkampfe nicht beteiligt waren, so ist ihre Tätigkeit dennoch dadurch erheblich beeinflusst worden. Eine große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder betätigt sich auch politisch. Es liegt auf der Hand, daß alle verfügbaren Kräfte im Wahlkampf intensiv angespannt wurden, so daß die Gewerkschaftsarbeit vorübergehend in den Hintergrund gedrängt wurde.

Für die Gewerkschaften waren aber die diesmaligen Reichstagswahlen auch von erhöhter Bedeutung. Von dem Ausfall derselben hing es ab, ob die Absicht der Regierung und der hinter ihr stehenden industriellen und agrarischen Scharfmacher durch verschärfte Strafbestimmungen die Ausübung des Koalitionsrechts unmöglich zu machen sich verwirklichen lassen würde. Das dürfte jetzt schwierig sein; die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstages bietet einen gewissen Schutz gegen die gewerkschaftsfeindlichen Pläne. Weil verschärfte Strafbestimmungen oder gar Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter einstweilen nicht zu haben sind, ist die im Banne der großkapitalistischen Unternehmer stehende Regierung desto mehr geneigt, alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter in Anwendung zu bringen. Polizei, Militär, Staatsanwälte und Gerichte sind eifrig am Werk, um die „Freiheit der Arbeit“ zu schützen. Ein Streikbrecher ist mehr und mehr zu einer geheiligten Person geworden. Auch ohne Ausnahmegesetze werden die kämpfenden Arbeiter nach ausnahmegesetzlichen Regeln behandelt. Wegen geringfügiger Verbalinjurien, wenn sie sich gegen Streikbrecher richten, werden unglaublich harte Gefängnisstrafen verhängt. Die blindwütige Bekämpfung der um wirtschaftliche Besserstellung ringenden Arbeiter trägt in hervorragendem Maße dazu bei, immer größere Massen den Organisationen zuzuführen und steigert die Widerstandskraft und den Opfermut der Arbeiterschaft. Die organisierte Arbeiterschaft weiß nur zu gut, daß ein freies Koalitionsrecht von ungleich größerem Wert für die Arbeiterklasse ist als die sozialpolitische Flistschusterei der herrschenden Klassen. Die Arbeiter-

schaft wird sich die für die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe notwendige Koalitionsfreiheit erinnern. Mögen die Widerstände auch noch so groß sein.

In derselben Weise wie die belgischen Gewerkschaften veranstaltete auch die französische „Confederation Generale du Travail“ eine Studienreise nach Deutschland. Eine Delegation von 35 Mitgliedern französischer Gewerkschaften hielt sich in der Zeit vom 24. bis zum 29. Juli in Berlin auf, um die Organisationseinrichtungen der deutschen Centralverbände kennen zu lernen. Es wurden u. a. besucht die Bureaus der Generalkommission, der Centralverwaltung des Holzarbeiterverbandes, der Lokalverwaltung des Metallarbeiterverbandes und die Bureaus der Berliner Gewerkschaftskommission und des Berliner Arbeiterssekretariats. Die französischen Genossen wurden durch eingehende Vorträge über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, den Aufbau und die inneren Einrichtungen der Verbände sowie die Grundsätze, nach denen die gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland geführt werden, unterrichtet. Ein für unsere preußisch-deutschen Zustände bezeichnender Zwischenfall ereignete sich. Wegen einer Rede, die der Vertreter der Confederation Generale du Travail, Kamerad Yvetot, bei der am 25. Juli im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses veranstalteten Begrüßungsfeier hielt, glaubte der Berliner Polizeipräsident die Ausweisung Yvetots verfügen zu müssen. Zur Zustimmung und Durchführung der Ausweisungsbefehle kam es indessen nicht, weil Yvetot bereits die Heimreise angetreten hatte. Um den französischen Gewerkschaftsvertretern Gelegenheit zu geben, die Berliner Arbeiterschaft kennen zu lernen, war die Abhaltung einer großen Versammlung vorgesehen, in der die französischen Kameraden Ansprachen halten sollten. Infolge des gerade zur Zeit der Anwesenheit der französischen Arbeitervertreter äußerst gespannten Marokkokonflikts gestalteten die am 28. Juli in den Gesamträumen der „Neuen Welt“ (Hasenheide) abgehaltenen Versammlungen sich zu einer wichtigen Demonstration für den Frieden. Die von der Berliner Gewerkschaftskommission gemeinsam mit der Partei einberufene Versammlung war von ungefähr 30 000 Personen besucht. In französischer Sprache durfte nur ein Redner, der Vorsitzende der Confederation Generale du Travail, Kamerad Jouhaux, im großen Saale reden. Für den kleineren Saal hatte die Polizei die nach dem „liberalen“ Vereinsgesetz erforderliche Genehmigung zum Gebrauch der französischen Sprache nicht erteilt. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, die sich gegen die Kriegshege und für den Frieden erklärte. Gleichzeitig wurde Protest gegen die beabsichtigte Ausweisung des Kameraden Yvetot erhoben. Die Confederation Generale du Travail veranstaltete eine Woche später, am 4. August 1911, in Paris, im „Saale Wagram“ ein internationales Friedensmeeting, an dem neben Gewerkschaftsvertretern aus England, Spanien und Holland auch Vertreter der Generalkommission und des Parteivorstandes teilnahmen. Der Riesensaal konnte die zuströmenden Massen nicht fassen und mußte abgesperrt werden. Die versammelten Pariser Arbeiter brachten ihre Abneigung gegen den Krieg durch stürmische Proteste und einmütige Annahme einer Resolution sowie begeisterte Ovationen für die deutschen Delegierten zum Ausdruck.

Kongresse, Konferenzen und Generalversammlungen.

Im Laufe des Berichtsjahres fanden drei Konferenzen der Vertreter der Verbandsvorstände statt. Die erste Konferenz im März 1911 hatte sich hauptsächlich mit den mit dem Centralverband deutscher Konsumvereine getroffenen Vereinbarungen zu beschäftigen, die dann auch der Dresdener Gewerkschaftskongreß genehmigt hat. Eine zweite, Mitte Juni abgehaltene Konferenz nahm zu der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses Stellung und unterzog insbesondere die Frage der Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungskasse einer eingehenden Prüfung. Die dritte Konferenz fand zu Beginn des Gewerkschaftskongresses in Dresden statt, um zu entscheiden, ob Grenzreitigkeiten zwischen einzelnen Organisationen auf dem Kongreß zur Verhandlung gebracht werden sollten. Zu einer Entscheidung kam es nicht, weil die interessierten Organisationen die gestellten Anträge zurückzogen.

Zu der am 6. und 7. Juli in Dundee (Schottland) abgehaltenen Jahresversammlung der General Federation of Trade Unions entsandte die Generalkommission eine Delegation, ebenso zu den Gewerkschaftskongressen in der Schweiz (23. bis 25. September 1911) und in Belgien (24./25. Dezember 1911). In der Regel werden die Gewerkschaftskongresse im Auslande nicht besichtigt. Eine Ausnahme wird nur auf besonderen Wunsch der die Einladung übermittelnden Landeszentrale gemacht.

Zu der 7. internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen (10. bis 12. August 1911 in Budapest) entsandte die Generalkommission zwei Vertreter.

Vertreten war die Kommission auch, wie in früheren Jahren, auf dem 8. Konsumgenossenschaftstag in Leipzig, ferner bei verschiedenen Konferenzen der Gewerkschaftskartelle und auf den Verbandstagen der Centralverbände, sofern eine solche Vertretung gewünscht wurde. Verbandstage bzw. Generalversammlungen der Centralverbände tagten im Berichtsjahre insgesamt 16, und zwar:

Bergarbeiter: 21. Mai in Bochum. Blumenarbeiter: 25. Mai in Berlin. Wöttcher: 21. August in Dresden. Buchdrucker: 15. Mai in Hannover. Bureauangestellte: 7. August in Köln a. Rh. Glasarbeiter: 22. Mai in Ulmenau. Lagerhalter: 9. Juli in München. Lederarbeiter: 14. Mai in München. Maler: 8. Mai in München. Metallarbeiter: 5. Juni in Mannheim. Notenstecher: 30. Januar in Leipzig. Porzellanarbeiter: 26. August in Berlin. Schiffszimmerer: 7. Mai in Berlin. Stukkateure: 16. Juli in Dresden. Zigarrensortierer: 4. September in Dresden. Zimmerer: 3. April in Leipzig.

Nur auf einer Tagung (Notenstecher) war die Generalkommission nicht vertreten.

An den Verhandlungen der von dem Gemeindearbeiterverband veranstalteten Konferenzen des Krankenpflegepersonals (21. August) und der Gasanstaltsarbeiter (23. August) nahm die Kommission gleichfalls durch einen Vertreter teil.

„Correspondenzblatt“, „L'Operaio Italiano“, „Oswiata“ und Broschüren.

Das „Correspondenzblatt“ hat im Berichtsjahre eine Erweiterung nicht erfahren. Die von der Zweiten Konferenz der Arbeitersekretäre zu Dresden (1911) empfohlene Herausgabe einer „Ar-

beiterrechts-Beilage“ wurde erst mit Beginn des Jahrganges 1912 zur Ausführung gebracht. Die seither dem Blatte beigegebenen Beilagen sind in unverändertem Umfange beibehalten. Der Mitarbeiterkreis des Blattes ist in ständiger Ausdehnung begriffen. Das Blatt selbst erfreut sich einer regen Anteilnahme aller gewerkschaftlichen Kreise des In- und Auslandes.

Die in Versammlungen und Presse sehr lebhaft geführten Auseinandersetzungen über das Thema „Massen und Führer“ führten zu einer scharfen Polemik zwischen dem „Correspondenzblatt“ und einem parteigenösslichen Schriftsteller, Dr. Pannekoek-Bremen, dessen Angriffe auf die Gewerkschaftsführer eine Zurückweisung herausforderten. Der Dresdener Gewerkschaftskongreß hat die Haltung des Blattes in dieser Frage gebilligt. Die Auflage des Blattes betrug Ende 1910: 27 000, Ende 1911: 28 400 Exemplare.

Die von der Generalkommission herausgegebenen fremdsprachigen Blätter „L'Operaio Italiano“ und „Oswiata“ hatten im Jahresdurchschnitt eine Auflage von 9322 bzw. 6678 Exemplaren. Ferner hat die Generalkommission eine Denkschrift für die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten und für die Gemeindevertretungen: „Die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde“ herausgegeben. Erschienen sind außerdem: Protokoll der Verhandlungen des 8. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands und der Verhandlungen der 3. Konferenz der Arbeitersekretäre sowie der 7. internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung. Das auf dem Dresdener Gewerkschaftskongreß von Heinemann erstattete Referat über: „Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch“ ist gemäß Beschluß des Kongresses in einer Auflage von 250 000 Exemplaren in Sonderdruck herausgegeben worden. Von einer allgemeinen Verbreitung ist abgesehen und ist die Schrift in erster Linie sämtlichen Gewerkschaftsfunktionären unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden.

Arbeiterinnen-Sekretariat.

Die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats war auch im letzten Jahre eine ähnliche, wie dies aus den früheren Berichten hervorgeht. Sie erstreckt sich in der Hauptsache auf die Sammlung von Agitationsmaterial und dessen zweckentsprechende Bewertung.

Auf Wunsch hat das Sekretariat verschiedentlich die Vermittlung von Referentinnen zu Einzelversammlungen und Agitationstouren übernommen und die Rednerinnen mit dem nötigen Material versorgt. Es stellt solches auch laufend einer Anzahl agitatorisch tätiger Personen zur Verfügung.

In erster Linie ist bei allen Maßnahmen das Augenmerk auf die Aufklärung über die vorhandenen Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung und deren Durchführung gelegt worden. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß eine Reihe von Beamten der Gewerbeaufsicht diesen Bestrebungen weitestens Verständnis entgegenbringen. Der Durchführung des Arbeiterschutzes wird für die Zukunft noch größere Aufmerksamkeit gewidmet werden, als dies bisher der Fall war.

Leider war es nicht möglich, die schon in dem Bericht an den Gewerkschaftstongress in Aussicht gestellte Bearbeitung der letzten Berufszählung im vergangenen Jahre fertigzustellen. Nunmehr ist die Arbeit soweit gediehen, daß ihre Veröffentlichung in Nr. 17 des „Corresp.-Bl.“ erfolgt ist.

Sozialpolitische Abteilung.

Ueber die Entwicklung der sozialpolitischen Abteilung dürften einige ausführlichere Mitteilungen am Platze sein.

Von vornherein lag der Schwerpunkt der Abteilung in der geordneten Sammlung von Gesetzmaterialeien (Drucksachen des Reichstages, jetzt auch des preussischen Landtages, Petitionen, Interessentendenschriften) und von wichtigeren Kundgebungen, Anregungen und Erörterungen der Tagespresse, der Zeitschriften und Fachblätter. Die Sammlung soll, nach dem Uebereinkommen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, sowohl den politischen wie den gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Fragen dienen, und deshalb mußte der Rahmen von Anfang an ziemlich weit gesteckt werden. Die einzelnen Abteilungen umfassen:

- 1-3: Gewerkschaftliches (Grundfragen und Geschichtliches, die einzelnen Berufsorganisationen, Ausland).
- 4 und 5: Die Gegenorganisationen (christliche, Gewerkvereine, Gelbe).
- 6: Die Arbeitgeberverbände.
- 7: Statistik, Markt und Produktion, Kartelle.
- 8: Wirtschaftspolitik (Verkehr, Industrie- und Handelspolitik, Handwerk, Landwirtschaft, Genossenschaftswesen).
- 9: Finanzfragen.
- 10-12: Allgemeine Sozialpolitik, Arbeitsrecht und Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung.
- 13-16: Die weiteren politischen Fragen: Verfassungswesen, Auswärtiges, Heer und Flotte, die Parteien, die Interessentenverbände (Bund der Landwirte, Hansa usw.).
- 17-19: Preußen, die Einzelstaaten, Gemeindepolitik.
- 20 und 21: Rechtsentscheidungen, Prozesse.
- 22-24: Sozialdemokratie, Frauen- und Jugendbewegung.

Jede Abteilung gliedert sich selbstverständlich von neuem nach den wesentlichsten Spezialfragen des betreffenden Gebietes, so daß der gesamte Stoff nach etwas über 400 Stichworten eingeordnet wird.

Wo es der Umfang der Materialien (Zeitungs-ausschnitte und -aufsätze, Petitionen, kleinere Flug-

schriften) irgendwie gestattet, erfolgt die Einheftung in Mappen. Dies hat sich bei so zersplittertem, vielgestaltigem Stoff als das zweckmäßigste, eine rasche Uebersicht am meisten erleichternde System erwiesen. Freilich gestattet es nur die Einsicht und Benutzung an Ort und Stelle und die Generalkommission wiederholt deshalb, daß von dem Nichtausleihen nach auswärts, wie es von vornherein beschloffen worden war, im allgemeinen nicht abgegangen werden kann. Dagegen ist die Abteilung jederzeit gern bereit, durch Auszüge, Abschriften und Hinweise auf Literatur und Quellen den gewerkschaftlich und politisch tätigen Genossen die Information zu erleichtern.

Kasse.

Eine wesentliche Veränderung ist im verfloffenen Jahre im Etat der Generalkommission nicht eingetreten. Einnahmen und Ausgaben sind um ein Geringes gestiegen. Das Mehr der Nettoeinnahmen gegen das Jahr vorher beträgt 22 400,13 Mk. Davon entfällt der größte Teil, 15 358,15 Mk., auf die Beiträge der Gewerkschaften; das Mehr ist zurückzuführen auf die Zunahme der Verbände an Mitgliedern. Der Rest der Mehreinnahmen verteilt sich auf die übrigen Positionen. Unter den Ausgaben weist nur der Titel f) „Sozialpolitische Abteilung“ eine nennenswerte Mehrausgabe gegen das Vorjahr auf. Sie beträgt 4945,46 Mk. und erklärt sich aus dem Umstande, daß in der vorliegenden Abrechnung für 1911 die Ausgaben der Sozialpolitischen Abteilung für ein ganzes Jahr enthalten sind, während sie in der Abrechnung im Jahre vorher, weil die Sozialpolitische Abteilung erst am 1. April errichtet wurde, nur für dreiviertel Jahr enthalten waren. Die übrigen Titel weichen nur wenig von den Ausgaben des Jahres vorher ab, sie bleiben entweder um eine Kleinigkeit dahinter zurück oder gehen um ein geringes darüber hinaus.

Bezüglich der Abrechnung über Streiks und Aussperrungen ist zu bemerken, daß die Sammlung für die Tabakarbeiter am 31. Dezember 1911 noch nicht abgeschlossen war, mithin der ganze Ertrag dieser Sammlung in der Abrechnung für 1911 nicht zum Ausdruck kommt. Welche Organisationen aus den Sammlungen unterstützt wurden und in welcher Höhe dies geschah, ist aus der folgenden Abrechnung über Streiks und Aussperrungen ersichtlich.

Berlin April 1912.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Jahresabrechnung 1911.

Einnahme:

a) Generalkommission:			
1. Bestand am Schluß des Jahres 1910			432 870,94 Mk.
2. Beiträge der Gewerkschaften	269 742,94		
3. Für den Verband der Land- und Forstarbeiter	15 000,—		
4. „ Unterrichtskurse	49 992,46		
5. Verlag	11 583,12		
6. Zinsen	12 063,80		
7. Diverse Einnahmen	8 332,02	366 714,34	„
b) „Correspondenzblatt“:			
1. Gewerkschaftstabelle und Ortsverwaltungen	3 628,20		
2. Abonnements	3 559,32		
3. Einzelverkauf	195,63	7 388,15	„
c) „L'Operaio Italiano“:			
1. Beteiligte Gewerkschaften	10 927,88		
2. Abonnements	92,77	11 020,65	„

d) „Oswiata“:			
1. Beteiligte Gewerkschaften		8 323,29	
2. Abonnements		33,64	8 356,93 Mf.
		<u>Summa</u>	<u>8 390,93 Mf.</u>
a) Generalkommission:		Ausgabe:	
1. Agitation:			
a)	Agitationskommission für Ost- und nördliches Westpreußen	6 500,—	
b)	„ „ südliches Westpreußen und Posen	6 548,80	
c)	„ „ Oberschlesien	10 500,—	
d)	„ „ Schlesien	2 600,—	
e)	„ „ Siegerland	6 600,—	
f)	„ „ Rheinland	200,—	
g)	„ „ Saargebiet	1 000,—	
h)	„ „ Elsaß-Lothringen	5 000,—	
i)	„ „ Nordbayern	210,05	
k)	„ „ Oberfranken	3 000,—	
l)	„ „ Südbayern	1 173,28	
m)	Arbeitersekretariat Kattowitz (Oberschlesien)	7 000,—	
n)	„ Saarbrücken (Saargebiet)	3 600,—	
o)	Zentralkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer	216,24	
p)	Mietzuschüsse	1 100,—	
q)	Prozesskosten	818,65	
r)	Verband der Hausangestellten	5 800,—	
s)	„ „ Land- und Forstarbeiter	30 000,—	
t)	Jugendbewegung	5 654,23	
u)	Allgemeine Agitation	<u>34 892,89</u>	131 914,14
2. Kongresse und Konferenzen:			
a)	Gewerkschaftskongreß	3 860,97	
b)	Generalversammlungs-Delegationen	1 021,40	
c)	Konferenzen der Zentralvorstände	3 868,20	
d)	Konferenz der Arbeitersekretäre	188,80	
e)	Internat. Kongresse und Konferenzen	934,20	
f)	Diverse Konferenzen	<u>898,80</u>	10 772,37
3. Bücher und Zeitschriften:			
a)	Bücher	997,34	
b)	Zeitschriften	<u>182,05</u>	1 179,39
4. Druckfachen			
5.	Beitrag an den internat. Sekretär		4 775,20
6. Verwaltung:			
sächliche:			
a)	Miete, Heizung, Licht, Telefon	5 906,80	
b)	Büreaureinigung	2 011,08	
c)	Schreibmaterial und Bureauutensilien	2 189,53	
d)	Porto des Vorsitzenden, Kassierers u. Arbeiterinnen-Sekretariat	<u>1 601,06</u>	11 708,47
persönliche:			
a)	Gehälter	23 858,—	
b)	Sitzungs- und Revisionsentschädigung	1 358,—	
c)	Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft und Invalidenversicherung	<u>329,76</u>	25 540,76
7. Unterrichtskurse:			
a)	Schulutenenflien	256,75	
b)	Bücher und Zeitungen	86,67	
c)	Miete, Licht, Heizung	578,90	
d)	Porto	20,25	
e)	Lehrer-Honorar	3 174,—	
f)	Bezüge der Kursjusteilnehmer	49 400,26	
g)	Büchertlieferung an die Kursjusteilnehmer	<u>819,28</u>	54 336,11
8. Verlag			
9.	Diverse Ausgaben		8 925,02
			<u>184,49</u>
b) „Correspondenzblatt“:			
1. Redaktion:			
a)	Gehälter	6 825,—	
b)	Honorar für Mitarbeiter	5 358,26	
c)	Beitrag z. Unterstützungsgenossenschaft	72,—	
d)	Zeitungen	547,57	
e)	Porto	<u>21,67</u>	12 819,50
2. Druck und Papier			
3.	Expedition		42 515,45
			<u>8 714,86</u>
			64 040,31 „

c) „L'Operaio Italiano“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	2 850,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	820,95		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	86,—		
d) Schreibmaterial	42,15		
e) Bücher und Zeitungen	260,20		
f) Porto	142,47		
g) Diverse Ausgaben	308,—	4 459,77	
2. Druck und Papier		10 759,35	
3. Expedition		1 358,—	16 572,12 Mf.
d) „Oswiata“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	2 850,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	783,70		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	86,—		
d) Bücher und Zeitungen	168,80		
e) Schreibmaterial	23,67		
f) Miete, Licht, Heizung	293,25		
g) Porto	28,71		
h) Diverse Ausgaben	171,15	4 355,28	
2. Druck und Papier		6 538,10	
3. Expedition		1 618,42	12 511,80 „
e) Zentral-Arbeitersekretariat:			
Verwaltungskosten:			
sächliche:			
a) Bureauutensilien und Schreibmaterial	475,10		
b) Bücher und Zeitschriften	135,80		
c) Drucksachen	266,25		
d) Porto	1 268,50	2 145,65	
persönliche:			
a) Gehälter	15 961,—		
b) Lohn für Hilfsarbeiter	150,—		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft und Invalidenversicherung	253,44		
d) Diverse Ausgaben	90,—	16 454,44	18 600,09 „
f) Sozialpolitische Abteilung:			
Verwaltungskosten:			
sächliche:			
a) Schreibmaterial und Bureauutensilien	364,25		
b) Bücher und Zeitungen	960,30		
c) Drucksachen	1 554,55		
d) Porto	128,81	3 007,41	
persönliche:			
a) Gehälter	14 841,30		
b) Aushilfe	462,—		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft und Invalidenversicherung	186,72		
d) Diverse Ausgaben	892,10	16 382,12	19 389,53 „
g) Vermögensbestand:			
a) Bankguthaben	274 323,32		
b) Effekten	42 823,50		
c) Debitoren	120 915,59		
d) Staffe der Generalkommission	4 694,27		
e) „ „ „L'Operaio Italiano“	83,73		
f) „ „ „Oswiata“	21,30	442 861,71	
		Summa	826 346,01 Mf.

Streiks und Aussperrungen 1911.

Einnahme:

1. Bestand am Schluß des Jahres 1910		149 423,88 Mf.
2. Aussperrung der Tabakarbeiter:		
a) Zentralvorstände	149 701,15	
b) Ortsverwaltungen	12 199,06	
c) Gewerkschaftskartelle	261 534,92	
d) Sonstige Sammlungen	1 952,61	425 387,74 „
3. Streiks und Aussperrungen (Allgemein):		
Gewerkschaftskartelle		6 487,30 „
4. Zinsen		3 568,80 „
	Summa	584 867,72 Mf.

	Ausgabe:	
1. Verband der Kürschner	55 000,—	
2. " " Tabakarbeiter	405 000,—	
3. " " Zigarrenfortierer	16 000,—	
4. Gewerkschaftliche Landeszentrale Serbien	2 000,25	
5. " " " Spanien	8 000,—	
6. " " " Norwegen	25 000,—	506 000,25 Mf.
7. Unkosten		145,05 "
8. Bestand		78 722,42 "
		Summa . . . 584 867,72 Mf.

Berlin, den 31. Dezember 1911.

Hermann Kube, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren der Generalkommission:

Aldolf Cohen. Gustav Sabath.

Die Revisoren des Ausschusses:

Gustav Eisler. Otto Handke. Paula Thiede.

Jahresbericht des Central-Arbeitersekretariats für das Jahr 1911.

Im verfloffenen Berichtsjahre wurden dem Centralarbeitersekretariat 2465 Sachen zur Vertretung überwiesen. Abgesehen von 5 Zivilsachen betrafen sie ausschließlich Fragen der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung oder der landesgesetzlichen Knappschaftsversicherung. Es wurden eingekandt

von den Arbeitersekretariaten	1709
von den Gewerkschaftskartellen	89
von den Rechtsauskunftsstellen	69
von den Vorständen und Verwaltungsstellen der gewerkschaftlichen Organisationen	232
von Klägern direkt und durch Vermittelung anderer Personen, auch Vorständen von politischen Organisationen	366

Die einzelnen Sekretariate waren an der Einwendung der Streitsachen wie folgt beteiligt:

Altenburg	3	Duisburg	1
Aischaffenburg	6	Elsfeld	4
Arnstadt	4	Erfurt	9
Augsburg	15	Essen	43
Bant	2	Eßlingen	12
Barmen	21	Flensburg	1
Bayreuth	11	Forst	19
Bernburg	11	Frankfurt a. M.	90
Bielefeld	3	Freiburg	3
Böckum	44	Fürth	5
Brandenburg	3	Gelsenkirchen	36
Braunschweig	49	Gera	32
Bremen	24	Gladbeck	21
Bremerhaven	19	Gladbach	3
Breslau	38	Gotha	4
Bromberg	2	Guben	9
Burg	9	Halberstadt	2
Cassel	3	Halle a. Saale	23
Cattrop	10	Hamborn	15
Chemnitz	18	Hamm i. Westf.	19
Cöln a. Rh.	59	Hamburg	29
Coblenz	1	Hanau	8
Coburg	1	Hannover	29
Cottbus	17	Harburg	10
Crefeld	15	Heidelberg	2
Danzig	23	Herford	3
Deßau	14	Helbra	25
Dortmund	73	Hildesheim	13
Dresden	7	Hof i. Bayern	2
Döhlen	20	Jena	6
Düsseldorf	34	Iserlohn	3

Jehoe	2	Plattenberg i. W.	3
Karlsruhe	9	Rosen	2
Kattowiß	57	Wirma	3
Kiel	14	Redlinghausen	12
Königsberg	39	Remscheid	7
Kempten	1	Rosenheim	2
Kronach	1	Rostock	14
Liegniß	1	Rathenow	1
Leipzig	28	Rudolstadt	16
Ludenwalde	3	Saarbrücken	10
Lübeck	18	Siegen	1
Lüdenscheid	7	Solingen	16
Lünen	3	Stodum	1
Magdeburg	31	Stettin	56
Mainz	20	Straßburg	16
Mannheim	39	Stuttgart	28
Meißen	3	Tangermünde	1
Minden	18	Vegeßak	4
München	89	Waldenburg i. Schl.	13
Mühlhausen i. Elß.	1	Wiesbaden	3
Marktredwitz	1	Würzburg	7
Neustadt a. Orla	1	Worms	14
Neumünster	1	Zwickau	1
Nürnberg	23	Zeiß	1
Oberhausen	16		
Rforzheim	11		1709

Seit Bestehen des Sekretariats sind demselben überwiesen:

1903	633 Sachen
1904	968 "
1905	1098 "
1906	1197 "
1907	1352 "
1908	1774 "
1909	2170 "
1910	2416 "
1911	2465 "

Zu den neu eingegangenen 2465 Streitsachen traten die aus den Vorjahren noch in der Schwebe gebliebenen, nämlich

aus 1908	1
aus 1909	23
aus 1910	1179

Insgesamt standen also 3668 Sachen in Bearbeitung. Davon sind erledigt worden 2821. Rückständig blieben

aus dem Jahre 1909	1 Sache
aus dem Jahre 1910	38 Sachen
aus dem Jahre 1911	808 Sachen

Ca. 847 Sachen

Von den 2821 Sachen, die erledigt wurden, waren

- 2598 Unfallsachen
- 196 Invalidsachen
- 22 Knappschafts-Pensionsachen
- 5 Zivilsachen.

Unfallsachen.

Für die 2598 erledigten Unfallsachen ist der Gegenstand des Streites und die Art der endgültigen Erledigung aus der folgenden Uebersicht zu ersehen:

Gegenstand des Streites	Zahl der Fälle	Die Sache wurde für den Verletzten bzw. die Hinterbliebenen erledigt		Die Vertretung wurde abgelehnt
		günstig	ungünstig	
Anerkennung des Betriebsunfalls	192	71	102	19
Höhe der ersten Rente	218	96	90	32
Herabsetzung der Rente	1518	544	621	353
Ob Krankheit oder Unfallsfolge	300	88	143	69
Verschlimmerung der Unfallsfolgen	120	25	61	34
Hilfslosenrente	5	2	3	—
Hinterbliebenenrente	184	40	118	26
Widowenrente	17	5	8	4
Höhe des Jahresarbeitsverdienstes	13	9	4	—
Anzulässiger Refkurs	3	1	2	—
Wiederaufnahme des Verfahrrens	4	1	2	1
Verjährung	22	4	9	9
Diverses	2	1	1	—
	2598	887	1164	547

Bei der Bewertung der Entscheidungen sind auch die Teilerfolge zugunsten der Verletzten gerechnet worden.

Die Zahl der Fälle, in denen die Vertretung abgelehnt wurde, hat sich gegen das Vorjahr erheblich erhöht. Es handelt sich in diesen Fällen um solche, in denen nach Lage der Gezehe oder der Rechtsprechung der Anspruch in jeder Hinsicht aussichtslos erschien. In den zugunsten der Verletzten entschiedenen Fällen befanden sich 230, in denen die Berufsgenossenschaften zu 2720 Mk. außergerichtlichen Kosten für das Erscheinen der Verletzten im Termin oder für Beibringung ärztlicher Gutachten verurteilt sind.

Die Mehrzahl der erledigten Unfallsstreitsachen schwebte beim Reichsversicherungsamt, nämlich 2551. Die verbleibenden 47 sind endgültig in der Berufungsinstanz erledigt worden. Soweit eine anhängig gemachte Berufungssache auch ins Refkursverfahren ging, ist sie nur einmal unter den Refkursachen gezählt worden.

Die Verteilung der verschiedenen Streitfälle und die Art ihrer Erledigung auf die einzelnen Versicherungssträger ist aus der nebenstehenden Tabelle ersichtlich. Die Zahl der Fälle ist in dieser um 52 größer, weil in so vielen Fällen Refkurs von beiden Parteien eingelegt war.

Unter den in anderer Weise erledigten Sachen sind solche rubriziert worden, in denen die Zurückverweisung entweder an das Schiedsgericht oder an die Berufsgenossenschaft erfolgte oder in denen die letztere den erhobenen Anspruch anerkannte.

Laufende Nr.	Bezeichnung der Berufsgenossenschaft	Dem Refurs der Berufs-genossensch. wurde			Dem bezw d. Verletzten wurde			Beratung	Vertretung abgelehnt	Erledigt in and. Weise	Insgesamt	
		stattgegeben (e. l. w. stattgegeben)	nicht stattgegeben	ausgenommen	stattgegeben	selb. stattgegeben	nicht stattgegeben					ausgenommen
1	Knappschaft	15	5	16	2	55	19	188	3	116	2	422
2	Steinbruch	8	—	—	—	5	3	21	—	16	—	57
3	Feinmechanik und Elektrotechnik	2	1	9	—	—	—	—	—	—	—	40
4	Südd. Eisen u. Stahl	22	5	26	—	8	2	11	—	—	—	136
5	Südwendisch. Eisen	1	1	1	—	2	1	4	—	3	—	13
6	Rhein. weisf. Hütten- und Salzwerk	5	—	2	—	8	—	21	—	18	—	54
7	Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie	12	1	10	—	13	6	27	2	15	1	87
8	Sächs. thüring. Eisen und Stahl	6	2	9	—	4	—	20	—	16	—	57
9	Nordöstl. Eisen und Stahl	2	—	10	—	11	3	15	4	12	1	58
10	Schles. Eisen u. Stahl	2	1	5	—	13	1	22	—	20	—	65
11	Nordwestl. Eisen und Stahl	11	1	12	1	16	2	30	1	22	2	98
12	Süddeutsch. Edel- u. Uedemetall	3	—	3	—	1	—	3	—	2	—	12
13	Norddeutsch. Metall	—	—	2	—	2	—	2	—	9	—	22
14	Musikinstrum.-Ind.	—	1	3	—	—	—	2	—	—	—	6
15	Glas	3	1	3	—	1	—	6	—	4	—	18
16	Töpferei	2	—	1	—	2	—	5	—	2	—	12
17	Ziegelei	8	2	13	—	8	3	21	—	13	1	69
18	Chem. Industrie	3	—	2	1	1	6	25	1	11	—	50
19	Gas- u. Wasserwerke	—	1	—	—	4	—	3	—	1	1	10
20	Leinen	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	6
21	Norddeutsch. Textil	10	3	4	—	5	1	13	2	3	—	49
22	Süddeutsch. Textil	1	—	3	—	1	—	3	—	2	—	10
23	Schweiz. Textil	—	—	1	—	1	—	2	—	1	—	5
24	Textil-Bg. von Elbst- u. Voithring	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2
25	Rhein.-weisf. Textil	1	—	—	1	—	—	2	—	3	—	7
26	Sächs. Textil	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
27	Seiden	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	2
28	Papiermacher	5	—	3	—	—	—	10	—	5	—	23
29	Papierverarbeitung	5	—	4	—	2	—	3	—	2	—	16
30	Leber-Industrie	3	—	4	—	—	—	6	—	—	—	14
31	Sächs. Holz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	107
32	Norddeutsche Holz	11	5	9	—	24	7	30	1	19	—	24
33	Südwestdeutsche Holz	7	1	5	—	5	3	3	—	3	—	19
34	Müllerei	3	—	1	—	8	2	1	—	4	—	11
35	Nahrungsmittel	—	1	1	—	2	—	3	—	3	1	11
36	Zucker	10	—	9	—	4	—	3	1	7	—	34
37	Möllerei u. Brennerei	—	—	—	—	1	—	4	1	2	1	9
38	Brauerei u. Mälzerei	10	2	13	1	11	4	41	1	21	—	105
39	Tabak	1	—	—	—	1	—	1	—	—	—	2
40	Befeldungs-Indust.	—	2	—	—	1	—	4	—	3	—	11
41	Hamburgische Bau	—	2	1	—	3	—	4	—	1	—	13
42	Nordöstliche Bau	1	5	8	—	8	3	32	5	20	1	84
43	Schles.-Polen Bau	—	—	—	—	2	1	5	—	5	1	14
44	Hannoversche Bau	6	1	7	—	4	2	19	—	9	2	50
45	Magdeburgische Bau	3	—	4	—	3	2	10	1	7	5	36
46	Sächsische Bau	4	1	6	—	2	1	13	—	7	1	35
47	Thüringische Bau	—	1	1	—	2	1	2	—	4	—	11
48	Hess.-Rassauische Bau	7	—	5	—	15	5	19	1	10	1	63
49	Rhein.-westfäl. Bau	7	1	3	1	10	2	16	—	9	1	51
50	Württemberg. Bau	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
51	Bayerische Bau	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	3
52	Südwestdeutsche Bau	5	1	5	—	—	—	8	—	5	—	24
53	Deutsche Dampfer- u. Straßen- und Kleinbahn	5	1	1	—	4	2	6	—	4	—	23
54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
55	Lagererei	2	—	2	—	2	1	4	—	3	—	14
56	Fuhrwerks	3	2	12	—	15	4	30	1	14	3	84
57	Weid. Binnenschiff.	5	3	9	—	6	1	19	1	3	—	53
58	Elbschiffahrt.	1	—	—	—	2	—	2	—	1	—	6
59	Ost-Binnenschiffahrt	—	—	—	—	1	—	5	—	1	—	8
60	See	1	—	—	—	1	2	6	—	3	—	6
61	Ziefbau	13	6	27	1	7	3	22	—	7	1	19
62	Fleischerei	1	—	1	—	2	—	2	—	8	—	85
63	Schmiede	3	—	5	—	2	—	2	—	5	1	7
64	Staatl. Ausführungsbehörde	1	—	—	—	5	—	9	1	2	1	19
65	Kommunale Ausführungsbehörde	—	—	—	—	1	5	—	4	1	—	12
66	Landwirtschaft	5	1	15	2	34	12	73	3	19	4	168

248 59 299 11 363 117 918 34 17 547 37 2650

Invalidentagen.

Von den erledigten 196 Invalidentagen mußte in 37 Fällen die Vertretung aus den gleichen Gründen wie bei den Unfallfällen abgelehnt werden. Von den noch verbleibenden Fällen wurden 7 in der Berufungsinstanz, 3 erfolgreich und 4 erfolglos, erledigt. Die noch übrigbleibenden 152 Revisionsfällen hatten folgendes Ergebnis:

	Verfahrensjahr der Fälle	Revisionsfälle
die Revision zurückgewiesen	12	70
der Revision stattgegeben	10	10
die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen	19	27
die Revision zurückgenommen	1	3

Die im vorigen Bericht gemachte Konstatierung, daß noch vielfach über das Rechtsmittel der Revision große Unklarheit herrscht, müssen wir auch in diesem Jahre wiederholen.

Knappschaftsfällen.

Von den erledigten 22 Knappschafts-Pensionsfällen sind zwei in der Berufungsinstanz erfolgreich erledigt. In zwei mußte die Vertretung abgelehnt werden, 3 Revisionen der Kläger hatten Erfolg, in 12 Fällen wurde die Revision abgewiesen und ebenso in 3 Fällen, in denen die Revision vom Knappschafts-Berein eingelegt war.

Sonstiges.

Neben den Rentensstreitigkeiten hatte das Sekretariat in 865 Sachen insgesamt 1033 schriftliche Auskünfte zu erteilen. Die im Sekretariat erteilten mündlichen Auskünfte, meist Arbeiterversicherung betreffend, sind nicht im einzelnen gezählt worden.

Ueber den Umfang der Bureauarbeiten lassen die nachstehenden Tabellen das Wesentlichste erkennen.

Eingänge 1911:

Monat	Gesamtzahl	Schriftsätze u. Briefe	Karten	Postanweisungen	Pakete	Stundl. und Gg. Schriftsp.
Januar	792	758	24	2	7	1
Februar	785	743	27	3	8	4
März	943	910	20	4	8	1
April	764	736	17	4	7	—
Mai	918	872	30	5	10	1
Juni	785	747	24	3	9	2
Juli	596	554	20	9	9	4
August	606	559	27	9	4	7
September	712	644	48	9	5	6
Oktober	822	772	33	9	7	1
November	801	749	31	9	10	2
Dezember	799	755	24	5	6	9
Summe	9323	8799	325	71	90	38

Ausgänge 1911:

Januar	817	741	1	5	1	69
Februar	836	738	7	3	1	87
März	844	707	68	7	1	61
April	1706	1384	88	3	2	229
Mai	893	759	58	8	—	68
Juni	845	752	30	8	—	55
Juli	638	591	10	5	1	31
August	715	660	21	15	1	18
September	731	646	34	10	1	40
Oktober	873	764	40	13	2	54
November	844	765	35	11	—	33
Dezember	709	634	32	6	—	37
Summe	10451	9141	424	94	10	782

Die Zahl und Art der angefertigten Schriftsätze ist aus der noch folgenden Tabelle ersichtlich. Die in derselben aufgeführten sonstigen Schriftsätze sind solche, die an Amtsgerichte und Behörden gerichtet waren.

	Eingaben an das Reichsversicherungsamt	Eingaben an das Schiedsgericht	Anträge auf Altersentsch.	Sonstige Schriftsätze
Januar	134	8	24	3
Februar	108	6	32	7
März	122	12	15	7
April	168	13	20	6
Mai	133	16	17	11
Juni	101	11	8	7
Juli	114	8	10	5
August	136	16	23	6
September	112	16	21	14
Oktober	106	9	16	7
November	108	17	8	10
Dezember	109	10	8	5
Summe	1451	142	202	88

Die große Zahl der Ausgänge im April 1911 ist darauf zurückzuführen, daß mit Rücksicht auf die nach den Unfallversicherungsgesetzen zu Ende des Jahres 1911 vorzunehmenden Wahlen der ständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes die erforderlichen Ansuchen an die Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle ergingen. Aus den Wahlen ist jedoch nichts geworden. Nach dem Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung ist dem Bundesrat die Befugnis beigelegt, die Amtsdauer der jetzt amtierenden Beamten eventl. bis zum 31. Dezember 1914 zu verlängern. Davon hat der Bundesrat Gebrauch gemacht. Mit dem Inkrafttreten der neuen Behörden-Organisation, die die Reichsversicherungsordnung vorsieht, werden zum Schlusse des Jahres Wahlen für alle Funktionäre auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung erfolgen müssen. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten sind schon in die Hand genommen.

Wie wir im vorigen Jahre hervorheben mußten, ist die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes eine immer ungünstigere geworden. Der jetzt veröffentlichte Bericht über die Geschäftstätigkeit des Reichsversicherungsamtes läßt erkennen, daß diese Entwicklung zuungunsten der Versicherten leider noch anhält. Noch in keinem Jahre war prozentual die Zahl der Fälle so groß, in denen die Berufsgenossenschaften mit ihren Rekursen durchdrangen und umgekehrt, die Zahl der Fälle so klein, in denen die Versicherten Erfolg hatten, wie in 1911. Im Rahmen des Sekretariatsberichts können wir auf diese Entwicklung der Rechtsprechung nicht eingehen; es wird in einer der nächsten Nummern der Rechtsbeilage geschehen. Im übrigen sei auch auf den Bericht des Zentralarbeitssekretariats an den Gewerkschaftskongress in Dresden verwiesen, in dem die Rechtsprechung der Reichsversicherungsordnung eingehend behandelt ist.

Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung für des Jahr 1911.

Der Unterstützungsvereinigung sind im Jahre 1911 neu hinzugetreten 318 Mitglieder. Von den eingetretenen Mitgliedern waren ihrer Berufsstellung nach 172 Gewerkschaftsangehörige, 35 Redakteure, 34

Qualitätserzeugnisse zu kaufen, nicht einzig das Billigste, sondern immer nur das Beste zu wählen und auch den Verhältnissen, unter denen diese Erzeugnisse hergestellt werden, ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Arbeiter als Käufer kann durch die Kaufkraft seines Geldes wirtschaftlichen Einfluß auf die Lage des Arbeiters als Produzent ausüben, wenn er alle Waren zurückweist, die nicht unter gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen hergestellt sind, und nur solche kauft, bei denen jedem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz gewährleistet ist. Und da jeder Arbeiter ebenso wohl Erzeuger als Käufer von Waren ist, so gebietet ihm sein eigenes Interesse, von diesem wirtschaftlichen Einfluß Gebrauch zu machen. Die Möglichkeit dazu bietet die Konsumantenorganisation, für deren Erstarkung ein jeder nach besten Kräften wirken muß.

Die Tätigkeit der Konsumantenorganisation richtet sich in erster Linie auf die Beschaffung guter und preiswerter Nahrungs- und Genußmittel, Haushalts- und Bekleidungsgegenstände und Bedarfsartikel aller Art. Da in den Gewerben, die sich mit Herstellung dieser Artikel befassen, die Arbeitsverhältnisse vielfach weit hinter den gewerkschaftlich geregelten zurückstehen, und da ferner ganz besonders Nahrungs- und Genußmittel, sowie Bekleidungsgegenstände, sofern sie unter ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt werden, den Käufer und seine Familie gefährden können, so ist hier ein zielbewußter Einfluß der organisierten Konsumanten zu erstreben.

Eine der ungesundesten und gemeinschädlichsten Arbeitsweisen ist die Heimarbeit. Die dort herrschende niedrige Entlohnung bildet die Ursache dafür, daß in ihrem Bereich alle ungesunden und volkswirtschaftlich schädlichen Uebelstände sich anhäufen. Lange Arbeitszeit, Ausbeutung von Jugendlichen und Kindern, Kranken und Invaliden, gesundheitsschädliche Wohn- und Arbeitsräume, Unreinlichkeiten, ungenügende Trennung der Arbeiterzeugnisse von erkrankten Familienmitgliedern, das alles macht die Heimarbeit zu einem Gefahrenherd für die gesamte Arbeiterschaft. Die Möglichkeit der Übertragung von Ansteckungskrankheiten ist bei dem Mangel jeglicher Kontrolle nirgends leichter als hier. Die Billigkeit solcher Heimarbeitserzeugnisse bietet keinen Ersatz für diese Nachteile. Sie erhöht im Gegenteil die Gefahr der Seuchenverbreitung.

Gegen diese Mißstände sollte die Gesetzgebung energisch einschreiten. Da das zurzeit nicht der Fall ist, so müssen die Arbeiter selbst als Erzeuger wie als Käufer sich gegen diese Gefahren zu schützen suchen. Es ist eine Aufgabe der Gewerkschaften die Heimarbeit einzuschränken, mindestens aber sie der gewerkschaftlich-tariflichen Regelung zu unterstellen.

Die Mitglieder der Konsumvereine dagegen müssen strenge Auslese beim Wareneinkauf halten und unnahsichtlich alle Waren zurückweisen, die in der Heimarbeit, in Schweißwerkstätten oder unter sonst ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt sind. Je gewissenhafter die Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumvereine diese Kontrolle ausüben, um so mehr werden sie eine Stütze gewerkschaftlicher Arbeitsbedingungen sein, und um so mehr wird es dem organisierten Konsum möglich sein, diese veralteten Erzeugungs-

methoden durch eine modern-wirtschaftliche Eigenproduktion abzulösen.

Vor allem eruchen wir die gewerkschaftlich, wie genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft, künftig keinerlei Heimarbeitserzeugnisse derjenigen Fabrikationszweige mehr zu kaufen, in denen durch genossenschaftliche Eigenproduktion die sichere Gewähr für den Bezug einwandfreier Bedarfsartikel gegeben ist.

Wir bitten ferner alle Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften, für die weitere ständige Aufklärung der Arbeiter in diesem Sinne tätig zu sein, und richten das Ersuchen an die gesamte Arbeiterpresse, dieses Bestreben nachhaltig zu unterstützen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Vorstand des Centralverbandes deutscher Konsumvereine.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

III.

Baugewerbe.

Die baugewerbliche Konjunktur erfuhr im Berichtsjahre keine einheitliche Beurteilung. Zweifellos war der Geschäftsgang im allgemeinen etwas lebhafter als im Jahre 1910, aber das letztgenannte Jahr wurde durch die vom Arbeitgeberbund heraufbeschworenen Kämpfe erheblich beeinträchtigt, so daß es sich nicht recht zum Vergleich eignet. Das Jahr 1911 war infolge der geltenden Tarifverträge hinsichtlich der Arbeitskämpfe verhältnismäßig ruhig; es konnten also diese die Konjunktur nicht beeinträchtigen. Trotzdem ist der Andrang am Arbeitsmarkte ziemlich stark gewesen. Im Durchschnitt des Jahres 1910 kamen auf 100 offene Stellen 182,81 Arbeitssuchende, 1911 waren es 150,13. Der Rückgang betrug demnach rund 30 Proz. Die Monate Februar-März hatten jedoch einen größeren Andrang aufzuweisen, während die übrigen Monate hinter dem Vorjahre zurückblieben. Eine Besserung ist also eingetreten, wenn auch nicht in dem Maße, wie von vielen Seiten erwartet wurde.

Die Rentabilität der baugewerblichen Gesellschaften steht zum Teil seit Jahren niedriger als in manchen anderen Industrien. Im „Reichsanzeiger“ sind die Bilanzen von 271 Gesellschaften veröffentlicht worden, die sich mit dem Vorjahre vergleichen lassen. Bei diesen stieg die durchschnittlich ausgeschüttete Dividende von 3,3 Proz. 1909/1910 auf 3,4 Proz. im Jahre 1910/11. Die relativ ungünstige Durchschnittsziffer rührt von den 169 Terraingesellschaften her, deren Dividende im Durchschnitt um 2,6 Proz. (1910 ebenfalls 2,6 Proz.) betrug, während die 102 reinen Baugesellschaften ihre Dividende von 6 Proz. auf 6,1 Proz. erhöhen konnten. Inwieweit die Dividenden der Terraingesellschaften durch Buchungen beeinflusst sind, vermögen wir nicht zu entscheiden. Jedenfalls sind ihre Zahlen erheblich vorsichtiger aufzunehmen als bei den meisten anderen Gesellschaften, aber für die Gewerkschaftspolitik des Baugewerbes dürfen diese Rentabilitätsziffern nicht übersehen werden. Die Baugesellschaften stehen zwar mit ihrer 6,1 Proz. Dividende hinter der im vorigen Jahre ermittelten allgemeinen Durchschnittsdividende der deutschen industriellen Gesellschaften, die 8,0 Proz. betrug. Aber eine Rentabilität von

Es sind hier Witwen- und Kinderrenten zusammenggezogen, da die Witwe die Empfängerin des Rentenbetrages ist. Geteilt nach Witwen- und Kinderrente gewährt die Vereinigung am Jahres-schluß an 74 Witwen 39 700 Mk. Jahresrente und an 115 Kinder 8100 Mk. Kinderrente; an 4 Kinder 350 Mk. Waisenrente und an 15 Invaliden 13 500 Mark Invalidenrente.

Mit den tatsächlichen Ausgaben für 1911 kann die Aufstellung nicht übereinstimmen, da die Renten teilweise nicht vom Beginn des Jahres liefen. Die buchmäßige Ausgabe für Witwen- und Kinderrente betrug 43 575,25 Mk., für Waisenrente 429,20 Mk. und für Invalidenrente 12 000 Mk.

Die Zahl der Invalidenrentenempfänger erhöhte sich in diesem Jahre von 10 auf 15. Die Verpflichtungen der Vereinigung sind in den Jahren wie folgt gestiegen: Es wurden gezahlt an Witwen- und Kinderrente 1903: 716,55 Mk., 1904: 3109,30 Mk., 1905: 8095,55 Mk., 1906: 11 219,90 Mk., 1907: 15 575,70 Mk., 1908: 19 530,64 Mk., 1909: 27 135,65 Mk., 1910: 34 939,90 Mk., 1911: 43 575,25 Mk.; an Sterbegeld 1903: 600 Mk., 1904: 1200 Mk., 1905: 1200 Mk., 1906: 1800 Mk., 1907: 1800 Mk., 1908: 2200 Mk., 1909: 3400 Mk., 1910: 3400 Mk., 1911: 3200 Mk.; an Invalidenrente 1907: 1275 Mk., 1908: 2700 Mk., 1909: 3000 Mk., 1910: 6975 Mk., 1911: 12 000 Mk.

Für das kommende Geschäftsjahr muß die Kasse nach den obigen Aufstellungen mit einer aus dem Jahre 1910 übernommenen Gesamtbelastung an Witwen-, Waisen- und Invalidenrenten im Betrage von 61 300 Mk. rechnen. Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich eine Steigerung auf 72 000 Mk. im Jahre 1912 annehmen. Mit den Verwaltungskosten, Beitragsrückzahlungen und Sterbegeld ist ein weiterer Betrag von rund 10 500 Mk. in Ansatz zu bringen, so daß die Gesamtausgabe auf 82 500 Mark zu veranschlagen ist.

Das Vermögen der Vereinigung ist auf 943 624,92 Mark angewachsen, dem Bankguthaben konnten im Jahre 1911 178 692,25 Mk. zugefügt werden, gegen 152 025,28 Mk. im Vorjahre.

Die Korrespondenz umfaßt an Eingängen 1009 Briefe, 38 Karten, 864 Postschecksendungen. An Ausgängen sind zu verzeichnen: 1245 Briefe, 79 Karten, 449 Drucksachen und 364 Postscheckanweisungen.

Die Erledigung der Geschäfte fand durch die Vertrauensleute eine sehr wertvolle Unterstützung und sprechen wir hiermit den Kollegen für ihre Bemühungen den Dank aus.

Kassenbericht für das Geschäftsjahr 1911.

Einnahme.

Kassenbestand vom 4. Quartal 1910 . . . 4 236,18 Mk.

Mitglieder-Beiträge:

1. Quartal . . .	56 688,— Mk.	
2. " . . .	46 872,— "	
3. " . . .	49 170,— "	
4. " . . .	59 634,— "	212 364,— "

Zinsen:

1. Quartal . . .	7 278,55 Mk.	
2. " . . .	7 560,— "	
3. " . . .	7 615,25 "	
4. " . . .	8 762,78 "	31 216,58 "

Summa . . . 247 816,76 Mk.

Ausgabe.

Zurückgezahlte Beiträge	5 921,97 Mk.
Sterbegeld	3 200,— "
Witwenunterstützung	43 575,25 "
Waisenunterstützung	429,20 "
Invalidenunterstützung	12 000,— "
Postscheckgebühren	164,17 "
Porto	313,07 "
Kartothek	33,— "
Ärztliches Gutachten	35,— "
Versicherungsbeitrag	4,05 "
Schreibmaterial	0,65 "
Auf der Bank	178 692,25 "
An den Kassierer	800,— "
Kassenbestand	2 648,15 "
Summa	247 816,76 Mk.

Vermögensübersicht.

28 000 Mk.	3 proz. Reichsanleihe, Ankaufswert	25 651,05 Mk.
13 000 "	3 1/2 proz. Reichsanleihe, Ankaufswert	13 304,05 "
30 000 "	4 proz. Reichsanleihe, Ankaufswert	30 653,30 "
115 000 "	4 proz. Staatsanleihe, Ankaufswert	117 439,50 "
50 000 "	4 proz. Schatzanweisung, Ankaufswert	49 832,30 "
147 500 "	3 1/2 proz. Kommunal-Anleihen, Ankaufswert	148 312,20 "
275 000 "	4 proz. Kommunal-Anleihen, Ankaufswert	280 493,15 "
125 000 "	4 proz. Pfandbriefe, Ankaufswert	126 684,— "
10 000 "	3 1/2 proz. Bayerische Eisenbahnanleihe in Rechnung	10 000,— "
55 000 "	4 proz. Schuldbucheintragungen in Rechnung	55 827,70 "
Bankguthaben		82 779,52 "
Kassenbestand		2 648,15 "
Summa		943 624,92 Mk.

Der Vorstand.

An die deutsche Arbeiterschaft! Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften!

Die Arbeiterbewegung ist auf den verschiedensten Gebieten mit Erfolg bestrebt, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Ueber zwei Millionen deutscher Arbeiter haben sich in den Gewerkschaften vereinigt, um das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, um kürzere Arbeitszeit, auskömmliche Löhne, gesundheitlichen Schutz und anständige Behandlung herbeizuführen. Tausende von Tarifverträgen für mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter sind ein erfreulicher Beweis ihres erfolgreichen Wirkens.

Nicht minder sind die deutschen Konsumgenossenschaften, die heute bereits 1 1/2 Millionen Familien umfassen, unausgesetzt bemüht, die Arbeiter als Konsumenten zu organisieren, um sie zur Selbstbeschaffung ihres Lebensbedarfs nach den Grundsätzen moderner Volkswirtschaft, und in weiterer Entwicklung zur Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zu erziehen.

Wie die Gewerkschaften bestrebt sind, der Arbeiterschaft immerfort neue Kulturschätze zu erschließen und den Lebensinhalt des Arbeiters zu veredeln, so will auch die Konsumgenossenschaftsbewegung ihre Mitglieder daran gewöhnen, nur gute

gehens aller Bauberufe im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen kann naturgemäß nicht ohne Rückwirkung auf diese sein. Die Zeit ist ja längst vorüber, wo jeder Beruf ohne Rücksicht auf den anderen selbständig vorgehen konnte. Heute ist mehr denn je eine Verständigung über alle Fragen der gewerkschaftlichen Aktion notwendig und in dem Maße, wie die Unternehmer ihren Organisationskreis einheitlicher gestalten und ein gemeinsames Programm genau befolgen, werden auch die Arbeiter näher aneinander gepreßt.

Neben dem Bauarbeiterverband hat der Zimmererverband im Berichtsjahre vorzügliche Fortschritte gemacht. Seine Mitgliederzahl stieg von 54 550 im vierten Quartal 1910 auf 59 320 am Jahresluß 1911. Die Zunahme beträgt demnach 4770. Die Finanzen haben sich in gleicher Weise entwickelt. Trotz erheblicher Aufwendungen für die Unterstützungseinrichtungen konnte der Verband sein Gesamtvermögen um 1 222 376 Mk. steigern. Von den Einnahmen in den Filialen registrieren wir 1 812 516 Mk. Verbandsbeiträge (ordentliche und Extrabeiträge), 15 251 Mk. Eintrittsgelder und 34 708 Mk. restierender Extrabeiträge pro 1910. Von den Ausgaben des Verbandes seien folgende Posten aufgeführt: Agitation 122 860 Mk., Arbeitslosenunterstützung 470 720 Mk., Gemäßregelungenunterstützung 6578 Mk., Rechtsschutz 15 015 Mk., Reiseunterstützung 17 586 Mk., Streiks und Lohnbewegungen 71 587 Mk. und Verbandsorgan 80 282 Mk. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresluß 3 119 798 Mk. Die Vermögenslage dieses Verbandes zeigt, daß auch im Baugewerbe die Einführung der Arbeitslosenunterstützung möglich ist.

In ähnlicher Weise hat sich der Verband der Maler entwickelt, obgleich sein Vermögensbestand nicht den gleichen Zuwachs aufweist. Er steigerte seine durchschnittliche Mitgliederzahl von 42 692 auf 47 315. Die Zunahme beträgt demnach 4623 im Jahresdurchschnitt. Die Zahl der Neuaufnahmen war freilich bedeutend größer oder 23 227, so daß demnach nur der 5. Teil der Neuaufnahmen dem Verband erhalten wurden. Nach den Eintrittsgeldern hat der Zimmererverband, um einen Vergleich anzustellen, zirka 7000 Neuaufnahmen gehabt, im Jahresdurchschnitt betrug seine Zunahme 3925. Demnach war die Fluktuation im Zimmererverbande erheblich geringer als bei den Malern, beide reine Branchenverbände, die daher einen Vergleich gestatten. Daß die Arbeitslosenunterstützung an der größeren Stabilität des Zimmererverbandes ihren Anteil hat, kann keinem Zweifel unterliegen.

Im Malerverbände ist ja nunmehr die Arbeitslosenunterstützung ebenfalls eingeführt und bisher sind 105 539 Mk. dafür verausgabt worden. Da jedoch die Unterstützung bisher fakultativ ist, konnte sie noch nicht den vollen Einfluß auf die Mitgliederbewegung ausüben.

Von den vorjährigen Ausgaben des Verbandes entfallen auf: Streikunterstützung 48 975 Mk., Krankenunterstützung 127 302 Mk., Reiseunterstützung 13 803 Mk., Sterbegeld 17 988 Mk., Arbeitslosenunterstützung 41 423 Mk., Verbandsorgan 44 091 Mk. Der Vermögensbestand betrug insgesamt 1 723 690 Mk.

Von den übrigen Verbänden des Baugewerbes liegen uns keine Zahlen vor von den Asphaltarbeitern, Dachbedeckern und Stuckateuren. Die letzteren sind nunmehr dem Bauarbeiterverbände ange-

schlossen, scheiden also für die Folge als selbständige Organisation aus.

Der Verband der Steinseher steigerte seine Mitgliederzahl von 10 221 im vierten Quartal 1910 auf 10 537 im gleichen Quartal 1911. Er hatte im vorigen Jahre eine Reihe schwerer Kämpfe zu bestehen, die eine Ausgabe für Streiks von 150 055 Mk. verursachten. Für sonstige Unterstützungen wurden verausgabt: Reise- und Arbeitslosenunterstützung 22 303 Mk., Invalidenunterstützung 1500 Mk., Sterbegeld 11 100 Mk. usw. Invalidenunterstützung und Arbeitslosenunterstützung sind nur lokal eingeführt, während die übrigen Unterstützungen auf centraler Grundlage geregelt sind. Für Agitation und Verbandsorgan wurden 22 197 Mk. verausgabt, das Verbandsvermögen betrug am Jahresluß 254 702 Mk.

In diesem Berufe kann eine Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe festgestellt werden, seitdem die Unternehmerorganisation in immer nähere Verbindung mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gekommen ist. Unter dem Eindruck dieser Kämpfe ist im Verbande die Frage des Anschlusses an eine größere Organisation, entweder dem Bauarbeiter- oder dem Steinseherverband, erwogen worden. Da der Verband jedoch selbst als eine recht leistungsfähige Organisation anzusprechen ist und bei seinen Kämpfen wenig oder gar nicht von anderen Organisationen abhängig ist, hat die Anschlussfrage nicht die Rolle gespielt wie in anderen Verbänden. — Die seit Jahren ventilirte Frage eines Reichstarifs für das Steinsehergewerbe ist auch im Berichtsjahre nicht sichtbar vorwärts gekommen.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

„Die Bergarbeiterzeitung“ teilt in ihrer Nr. 19 mit, daß die Zeichenbesitzer im Ruhrrevier den Streikbrechern Gratifikationen gewährt haben. Das Blatt bemerkt dazu recht treffend u. a.:

„Die Höhe der „Geschenke“ ist verschieden ausgefallen, sie beträgt auf den vorliegenden Streikbrechertüten 3,12 Mk., 4,62 Mk., 5,58 Mk., 5,72 Mk., 6,40 Mk., 7,80 Mk., 9,46 Mk. In keinem Falle hat das Geschenk also die berühmten 30 Silberlinge betragen. Warum auch? Die Zeichen konnten es ja billiger haben. Eine gewisse Berechnung der Geschenke nach irgendwelcher Grundlage scheint stattgefunden zu haben, sogar nach Pfennigen ist das Judasgeld abgemessen worden. Bewundern muß man die Ungeniertheit der Herren „Arbeitswilligen“, mit der sie die Geschenke von der Zechen entgegennehmen und die geleerten Tüten dann achtlos wegwurfen. Name und Markennummer sind deutlich darauf vermerkt — die Tüte bildet also eine urkundliche Bestätigung des Streikbruchs. In solchen Leuten muß das Gefühl für Klassenehre und Moral völlig erstorben sein. Es gehört wohl mit zu den größten Leiden im Leben eines ehrenhaften Arbeiters, daß er mit solchen Elementen weiter zusammenarbeiten muß, obgleich er sie tief verachtet. Jeder andere Berufsstand hat die Möglichkeit, unwürdige oder ehrlose Mitglieder auszumergen, sich vor ihnen zu schützen. Uns Bergarbeitern ist das leider nicht möglich. Wir sind gezwungen — besonders nach dem organisierten Streikbruch der „Christen“, mit diesen weiterhin zusammen zu sein, oft genug in nächster Nähe mit ihnen zu arbeiten. Die kürzlichen Debatten im Reichstage über den Duellzwang sind in Hinsicht auf uns Bergarbeiter recht interessant. In den „oberen“ Schichten kennt man eine solche Duldsamkeit nicht, wie wir sie jetzt üben müssen. Im Offizierkorps zum Beispiel wird

6,1 Proz. gehört zweifellos zu den „annehmbaren“ Unternehmerstufen.

Im Organisationsleben der baugewerblichen Arbeiter war das Jahr 1911 von großer Bedeutung. Es stand durchweg im Zeichen der Konzentration der Kräfte. Die Verschmelzung der beiden Verbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter zum Deutschen Bauarbeiterverbande wurde am 1. Januar 1911 perfekt, ferner traten dem Einheitsverbande die Isolierer und am Jahresluß die Stukkateure bei. Ueber die Entwicklung der Stukkateurorganisation im Industrieverbande läßt sich naturgemäß noch nichts voraussagen. Hinsichtlich der übrigen Gruppen steht aber fest, daß sie im ersten Jahre nach der Verschmelzung eine vorzügliche organisatorische Entwicklung aufweisen. Die Mitgliederzahl der Verbände der Bauhilfsarbeiter und Maurer betrug am Jahresluß 1910 zusammen 241 848. Davon traten bis zum 1. Juli 1911 dem Einheitsverbande 236 000 bei. Am Schlusse des vierten Quartals 1911 betrug die Mitgliederzahl 295 688, so daß die Zunahme gegenüber dem Jahresluß 1910 53 840 oder rund 22 Proz. beträgt; gegenüber der Zahl der von den beiden Verbänden Uebergetretenen beziffert sich die Zunahme um rund 25 Proz.

Nun ist für diese Arbeitergruppen der Mitgliederbestand des vierten Quartals nicht maßgebend, weil erfahrungsgemäß die Bautätigkeit im Spätherbst nachläßt und zahlreiche Arbeitskräfte in andere Berufe übergehen, andere wieder in ihrer Heimat auf dem platten Lande die tote Saison des Winters verbringen. Soweit ausländische Arbeiter in Frage kommen, die besonders im Maurer- und Hilfsarbeiterberufe zahlreich sind, kehren viele in ihre Heimatländer zurück. Das alles bewirkt eine alljährliche Abnahme der Mitgliederzahl im vierten Quartal. Die Höchstziffer wird immer im dritten Quartal erreicht. In diesem Quartal hatte der Bauarbeiterverband 310 032 Mitglieder, das ist gegenüber der Zahl der Uebergetretenen eine Zunahme von rund 31 Proz. Im Vergleich zum dritten Quartal 1910 betrug die Zunahme rund 65 000 Mitglieder außer der Isolierer. Es ist also eine feststehende Tatsache, daß die organisatorische Entwicklung des Bauarbeiterverbandes im ersten Jahre seines Bestehens eine hoch erfreuliche ist, die zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Die von anderer Seite versuchte Herabsetzung dieser Entwicklung ist daher nicht ernst zu nehmen. Vielmehr zeugen die im Verbandsorgan veröffentlichten Jahresberichte der Zweigvereine davon, daß die Verschmelzung vollauf den Erwartungen auf eine günstige Verbandsentwicklung entsprochen hat. Immerhin ist die Fluktuation noch recht stark. Nach dem „Grundstein“ sind rund 90 000 Neuaufnahmen mehr gemacht worden, als die Zunahme am Jahresluß ausmachte. Es wird Aufgabe des Verbandes sein, der Fluktuation durch zweckmäßige Einrichtungen entgegenzuwirken.

Ebenso günstig wie die organisatorische ist die finanzielle Entwicklung des Verbandes. Die Einnahmen aus Wochenbeiträgen der Mitglieder betrug 6 621 040 Mk., Eintrittsgeldern 75 953 Mk., Streikbeiträgen 148 913 Mk. Von den Ausgaben entfielen rund 260 000 Mk. auf Streiks und Bausperren, Reiseunterstützung 43 346 Mk., Rechtsschutz 77 157 Mk., Gemäßregelungenunterstützung 21 298 Mk., Krankenunterstützung 562 196 Mk., Sterbegeld 135 575 Mk., Agitation 312 684 Mk., Verbandsorgan

295 293 Mk. usw. Das Gesamtvermögen (einschließlich der Zweigvereinsbestände) betrug am Jahresluß 10 571 194 Mk. gegen 6 377 378 Mk. Vermögen der beiden Verbände vor der Verschmelzung. Das Vermögen hat also in dem einen Jahre um nahezu vier Millionen Mark zugenommen. Da bei der höheren Mitgliederzahl mit einer noch größeren Vermögenszunahme im laufenden Jahre zu rechnen ist, hat der Vorstand bisher von der Erhebung eines Extrabeitrages für die in Aussicht stehenden Kämpfe des Jahres 1913 abgesehen.

Daß im kommenden Jahre Kämpfe nicht ausbleiben, scheint bereits heute festzustehen. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und seine Unterverbände sind eifrig mit der Vorbereitung eines Kampfes beschäftigt, der nach Ansicht der Unternehmer umfangreicher werden soll als die Aussperrung von 1910. Außer einer Erhöhung der ordentlichen Beiträge wird ein Kriegsfonds im Betrage von 1 Million Mark angesammelt; sämtliche Lieferungsverträge müssen die Streik Klausel enthalten und die Baumaterialienlieferanten werden verpflichtet, für die Dauer eines eventuellen Kampfes die Lieferung überhaupt einzustellen. Dadurch sollen auch solche Unternehmer lahmgelegt werden, die der Gewaltpolitik des Arbeitgeberbundes nicht Folge leisten wollen oder können. Der Unternehmerterror soll also nicht nur den Arbeitern, sondern auch den anständigen Unternehmern gegenüber, die wegen der Prinzipien der Arbeiterknechtung ihre Geschäfte nicht schließen wollen, etabliert werden. Die Bauarbeiterschaft hat daher alle Ursache, für die ihr drohenden Kämpfe des Jahres 1913 intensiv zu rüsten. Das ist um so notwendiger, als im Unternehmerlager eine ungemein bedeutsame organisatorische Umgestaltung vor sich geht. Bereits im Dezember 1911 hat eine vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe veranlaßte Konferenz stattgefunden, auf der die Unternehmerorganisationen der verschiedensten Berufe des Baugewerbes vertreten waren. So die Organisationen der Bildhauer- und Stukkateurgewerbe, Steinsetzer- und Pflasterergewerbe, Töpfer- und Ofensebgergewerbe, der Dachbedeckmeister, selbständigen Installateure und Klempner, des Malergewerbes u. a. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird berichtet, daß eine Resolution Annahme fand, die eine einheitliche Organisation aller Unternehmerverbände des Baugewerbes zwecks gemeinsamer Regelung der Arbeitsverhältnisse als notwendig befürwortet wird. Als erstes Ziel eines gemeinsamen Vorgehens wird die Festsetzung gleicher Ablaufstermine für alle Tarifverträge bezeichnet. Es soll also die Kampfesfront erweitert werden, um den Arbeiterorganisationen die Unterstützung ihrer ausgesperrten Mitglieder zu erschweren. Des weiteren wird eine einheitliche Vertragspolitik eritrebt, d. h. die Tarifverträge aller Berufe des Baugewerbes sollen die gleichen Prinzipien enthalten, die natürlich — nach dem Willen der Unternehmer — die möglichste Knebelung der Arbeiter erleichtern sollen. In den Beratungen dieser Konferenz nahmen auch Vertreter der österreichischen, schweizerischen und schweidischen Unternehmerorganisationen teil. Die Heranziehung des letzteren Landes klärt die Tendenz der Konferenz völlig auf. Denn gerade die skandinavischen Unternehmerorganisationen befolgen seit Jahren die Taktik, die wir oben als Konferenzergebnis festgestellt haben.

Diese Konzentration der Kräfte im Unternehmerlager, die Festlegung eines gemeinsamen Vor-